

Döllgeltung: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das wertvolle Volk

Bauaufsicht: Ges. Eisenbahn, Dresden,
Amt der Arbeit, Amtsstellen
und Beamte, R.-G. Dresden,
Gesetzlicher Archiv, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Gleich von Gehingen Ingolstädter Str. 100 durch einen Käfig schmieden, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung seinen Auftrag auf Auflösung bei Bezugstreue über auf Nachlieferung der Zeitung.

Gesetzliche Unterhaltungsabteilung: Argen, Willen
Kunst, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 150 Pf., zusätzlich 45 Pf.
Gesetzliche Unterhaltungsabteilung: Argen, Willen, Zeitung, 100 Pf. jährlich. Volks- u. Zeitungsort, 100 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung

Schriftleitung: Zeitungsm. 10. November 1931. Heraus-
kunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr.
Schriftleitung: Zeitungsm. 10. November 1931 und 12.11.
Gehaltstafel von 1000 1 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Zeitungserwerb: Gruppenpreise, die je nach Größe Kompartimente
je 25 Pf. die 50 Pf. und 100 Pf. Zeitungserwerb 200 Pf. ist ausserdem
Anzeigen ab 100 Pf. und 150 Pf. Vermietungssachen, Säulen- und Wands-
schriften ab 100 Pf. Rabatt für Geschäftsbet. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 235

Dresden, Donnerstag, den 8. Oktober 1931

42. Jahrgang

Brüning am Ende?

Die Volkspartei schwentzt zur „nationalen Opposition“ ab!

Im Augenblick ist die Regierung noch garnicht gebildet, sind nicht einmal die Vorbesprechungen des Reichskanzlers mit den als Minister in Aussicht genommenen Reichsministern beendet. Außer dem früheren preußischen Landwirtschaftsminister Professor Dr. Warbold hatte bis Mittwoch abend keiner der Ministerkandidaten dem Reichskanzler eine bindende Zusagte zur Mitarbeit erteilt. Der Generaldirektor der AGF, Horben, Schmitz, der als Verkehrsminister ausersehen ist, wird wahrscheinlich überhaupt abgewählt. Auch der frühere Reichsverkehrsminister Gehler, der als Innensenator in Frage kommt, scheint zu der Übernahme dieses Amtes unter den gegebenen Umständen wenig Neigung zu haben. Es ist also noch alles in Fluss. Und trotzdem ist die Volkspartei dem Reichskanzler bereit, in den Rücken gefallen, noch ehe er ernsthaft daran denkt, den Auftrag des Reichspräsidenten durchzuführen. Die Nationalliberale Korrespondenz bringt folgende kürzliche Erklärung:

Die Hoffnung und das Ziel der Deutschen Volkspartei, das Kabinett Brüning von allen parteipolitischen Rückständen zu lösen, sind als gescheitert zu betrachten. Dennoch hat es noch mehrere Durchfahrten in einem zweiten, mit kleinen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundlagen zu versuchen. Wie möchten deshalb der Überzeugung Ausdruck geben, daß eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an einer Umbildung dieser Regierung nicht in Frage kommen wird. Wir müssen daher die Forderung stellen, daß eine neue Regierung, die durch die letzten Vorgänge urbelastet ist, das Prinzip des Reichs in den Hahn nimmt. Die Partei muss Werkzeug legen, auch bei allen künftigen Entwicklungen ein selbständiger Faktor im politischen Leben zu sein. Daraus ergibt sich die Forderung der Partei zur bestehenden Haager Tagesordnung der sogenannten „nationalen Opposition“.

Wir sind der Überzeugung, daß die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik eingehalten werden müssen. Der Kampf um die Reeregulation der außenpolitischen Belastungen, der das innerpolitische Leben Deutschlands erschüttert, wird am besten dadurch entgegengewirkt werden, daß auch die Kreise der „nationalen Opposition“ an der Regierung beteiligt werden und die Verantwortung mit zu übernehmen haben.

Diese Absehung an Brüning, schreibt der Sozialistische Dienstleistung, ist gleichbedeutend mit der Schwächung der Volkspartei zu Hitler und Hugenberg. Nach parteipolitischen Entwicklung der letzten Zeit und den wiederholten Verhandlungen zwischen Dinkelsbühl, Hitler und Hugenberg war von der Volkspartei nichts anderes mehr zu erwarten. Ihre Schwächung von langer Hand vorbereitet. Sie erfolgte einmal in der Überzeugung, daß die Volkspartei nur noch als Bundesstange der Nazis zu erhalten ist und nicht gegen sie, also aus parteipolitischen Gründen. Aber entscheidend war schließlich der Druck der Schwarzen und der schwerindustriellen Abgeordneten innerhalb der Deutschen Volkspartei. Sie wollen los von dem ehemaligen Brüning, weil sie los wollen von den Tarifverträgen, überhaupt von der Sozialpolitik. Als letzter Diener seiner Geldgeber hat Dingeldey variiert, ob er zuletzt in der stillen Hoffnung, eines Tages selbst die Leitung der Rechtsregierung übernehmen zu können.

Parlamentarisch gesehen, bedeutet die parteiamtliche Befürchtung der Volkspartei, die nach unseren Informationen

auf Herrn Dingeldey persönlich zurückgeht, daß eine neue Regierung Brüning im Reichstag ebenso wenig eine Mehrheit hat, wie die erste Regierung Brüning ohne Curtius eine Mehrheit gehabt hätte. Nun haben wir Erfahrungen und Weisheiten der Volkspartei bisher im allgemeinen nicht hundertprozentig genommen. In entscheidenden Situationen haben die maßgebenden Faktoren der Volkspartei wiederholt ihre Weisheiten von heute auf morgen revidiert. Aber werden Dingeldey und seine Einheitspartei auch diesmal zurück können? Werden sie sich eines anderen befreien, sobald die Auflösung des Reichstages in unmittelbarer Nähe gerückt ist und sie Gefahr laufen, von den Nationalsozialisten völlig aufgerieben zu werden? Und scheint, daß sie diesmal — selbst wenn sie wollten — nicht zurück können. Sie sind bereits zu sehr Sklaven von Hitler und Hugenberg.

Was aber, wenn Brüning im Reichstag nebst einer Mehrheit für ein Vertrauensvotum noch eine Mehrheit gegen die Wiederholungsanträge erhält, wenn er parlamentarisch fällt? Wird er den Kampf aufnehmen oder abtreten, wird er den Reichstag nach Hause schicken und nochmals an das Volk appellieren oder was sonst? Als Brüning den Auftrag zur Bildung der neuen Regierung vom Reichspräsidenten erhielt, mußte er sich über die parlamentarische Lage seines neuen Kabinetts bereits im klaren sein, zumal der

Volksparteier Dingeldey ihm am Tage zuvor eine Abstimmung erteilt hat. Das gleiche nehmen wir von dem Reichspräsidenten an. Wir schließen daraus, daß beide das Feld nicht kampflos räumen wollen.

Kein Zweifel, daß die Dinge auf dem Messer stehen. Die Flucht der Volkspartei in das Lager der ausgeschlossenen Sozialreaktion hat uns der seit langem drohenden Schloß um die Entscheidung, ob Deutschland eine soziale Republik bleiben oder unter den Einfluß von Dietlantionen aller reaktionären Schaltungen gelangen soll, um ein großes Stück näher gebracht. Schon steht die „nationale Opposition“ unter der Führung Hitlers und Hugenburgs im Begriff, sich zu organisieren, um ihre Schlagkraft zu verbessern und ein Regime der Reaktion, ähnlich dem faschistismus in Italien, mit all seinen Gewalttaten aufzurichten. Ihr Kampftrichter richtet sich in erster Linie gegen die großen Gewerkschaften aller Richtungen als den Vorläufern und Trägern der deutschen Sozialpolitik. Die Konsequenz daraus muß die Schaffung eines Blocks aller freiheitlich und sozial gesinnten Werktagen sein, der entschlossen ist, dem Block der schlimmsten und brutalsten Reaktion das Feld nicht kampflos preiszugeben.

Der Reichstagsrat des Reichstags ist für Montag nachmittags 5 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Eröffnung der Geschäftsführung des Reichstags.

Debasi gerettet. Der Antifaschist Debasi, der im vergangenen Sonnabend mit einem Angriff über Rom erschien und antifaschistische Flugblätter abwarf, mußte auf dem Rücken vor Korsika auf dem Wasser niedergehen. Debasi rettete sich schwimmend an Land.

Labyrinth von Bestimmungen

Anklage und unzweckmäßig

In dem größten Teil unserer Auslage brachten wir bereits gestern einen Auszug aus der neuen Notverordnung. Bei der großen Fülle der Bestimmungen ist es nicht möglich ein vollständiges Bild von der Bedeutung und den Wirkungen der Verordnung zu geben. Durch die Notverordnung werden, wie an anderer Stelle näher dargelegt wird, einige Hören bei der Arbeitslosenversicherung gemildert. Das ändert freilich nichts daran, daß doch im wesentlichen die Abstriche, die bei der Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung im Juli gemacht wurden, bestehenbleiben. Zumindest muß aber anerkannt werden, daß der Druck, den unsere Fraktion auf die Regierung ausgeübt, nicht ganz erfolglos blieb. Bei der ungeheurem finanziellen Not der Versicherungsträger und des Reichs ist es außerordentlich schwer, auch nur die kleinste Zugeständnis durchzusetzen. Dem Sozialdemokratischen Presselein ist entnommen wir über den Inhalt der Notverordnung noch folgendes:

Die am Dienstag veröffentlichte Notverordnung ist ein Labyrinth von Bestimmungen, die, gegenläufig und unzweckmäßig wie sie sind, verwirren. Wir sind überzeugt, daß selbst die Minister, die die Entscheidungen fürzuhandeln trennen, sich über deren Tragweite nicht im klaren waren und auch nicht im klaren sein könnten. Dafür ist die ganze Materie zu weitreichend und zu umfangreich. Über das ist das Ros jeder Regierung, die ihres Arbeitsinstrumentes, des Parlaments, beraubt ist. Bei einem Parlament, das auch nur halbwegs funktioniert und halbwegs arbeitsfähig ist, hätten sich die Probleme nicht in dem Maße stanzen können, wie das leider in Deutschland in den letzten Wochen und Monaten geschah. Mit der neuen Notverordnung wurden nun auf einmal die Schleusen geöffnet. Es mußte in jünger Zeit entschieden werden, und es gelingt sich, daß die Dinge der Regierung ohne Parlament über den Kopf gewachsen sind. So könnten nur Gewaltlösungen erzielt werden. Man hat aber wiederum Kompromisse geschlossen, die an Unfairheit und Unzweckmäßigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Das gilt insbesondere für die verschiedenen Ermäßigungen. Es wird ein Zustand geschaffen, der an Dinge röhrt, worauf ein moderner Staat nicht verzichten kann. Wir denken dabei u. a. an die Drohung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Die ganze Notverordnung ist ein einziges Argument, das die Notwendigkeit des Parlamentarismus, eines arbeitsfähigen Reichstages bezeugt.

Angerufen ist, daß die Regierung endlich einer Reihe von sozialpolitischen Notwendigkeiten Rechnung getragen hat. Das gilt insbesondere für die neue Berechnung der Unterstützungsabgabe der Arbeitslosen bzw. der Kurzarbeiter. Das gilt auch für die Reuregelung, die den Saisonarbeiter

in Zukunft zugute kommen wird, ferner für die Behandlung der Jugendlichen. Dem steht aber die bereits früher angeordnete Verkürzung der Unterhaltszeitdauer gegenüber, ferner die Verschärfung der Geduldigkeitsprüfung. Wir vermissen auch die Regelung der sozialen Verpflichtung der Arbeitslosen mit Kartoffeln, Kohlen usw. Die darübergehenden von der Sozialdemokratie gemachten Vorschläge wären ohne namhafte finanzielle Aufwendungen möglich gewesen. Man hätte durch eine solche Vorschrift dem kommenden Winter viel von seinen Schrecken genommen. Die Regierung ist dieser Vorschrift ausgewichen. Deswegen trifft die neue Notverordnung u. a. Subventionen in sozialer Hinsicht im Interesse der grobagratischen Kartoffelbauern. Selbst wenn man unberücksichtigt läßt, daß durch die Verwendung von Kartoffelmehl zu Badwaren, durch erleichterte Abfahrt und Finanzierungsmöglichkeiten von Kartoffelflöden, durch erhöhte Aufsatzproduktion und gesteigerte Aufsatzpreise, die man an die grobagratischen Aufzüchter zahlte, das Problem der „Kartoffelüberproduktion“ zu lösen ist, wird man die Einstellung der Regierung nicht verstehen können. Hier hat nicht staatsmännische Überlegung und staatsmännische Vorantritt entschieden, sondern nachte Interessenpolitik, der Zwang, dieser Politik Rechnung zu tragen.

Technisch gilt für die Regelung des Hausgutssteuerproblems. Die Regierung hat sich für eine Ermäßigung der Hausgutssteuer um 20 Prozent entschieden, nachdem von der einen Seite 25 Prozent gefordert wurden und sich die andere Seite bereit erklärt, sich mit einer Ermäßigung von 15 Prozent abzufinden. Man hat also gewissermaßen gezeigt, daß man dabei dem Hausgut in sehr weitem Maße entgegenkommen ist, geben auch Kreise zu, die dem Hausgut nahestehen. Zumindest erhält der Hausgut, so, da 15 Prozent der Hausgutssteuer für die Abgeltung der höheren Aufwertungszinsen usw. vollauf genügen, ein Geschenk von 60 bis 80 Millionen Mark. Der Hausgut verlangt eine völlige Befreiung der Hausgutssteuer. Dazu hat sich das Kabinett nicht entschieden können, weil die Befreiung der Hausgutssteuer eine empfindliche Erhöhung der Umsatzsteuer nötig gemacht hätte. Damit würde aber die Regierung gewissermaßen die leise, schnell wirkende Steuererleichterung aus der Hand gegeben haben. Wir wissen, daß sich die Steuererleichterung im September beim Reichsäuktor ungünstig entwickelt haben, daß der Hoher-Auktor von den sinkenden Steuern einnahmen im laufenden Steuerjahr wahrscheinlich völlig aufgezehrt werden wird. Damit wird das Projekt, den Hausgutern durch die Hausgutssteuer ein Miesenrecht zu machen, in sich zusammen. Aber man hat ihnen doch mit der 20 Prozentigen Verkürzung ein feines Plätzchen auf die Wunde gelegt. Von einer Wiedereinführung ist in der Notverordnung nicht die Rede. Mit 60 bis 80 Millionen Mark, die man durch eine nur 5 Prozentige Herabsetzung der Hausgutssteuer hätte sparen können, kann man selbstverständlich keine allgemeine Senkung der Mieten durchführen. Aber die Summe hätte vollständig ausgereicht, um wenigstens bei den Neubaumietern eine Entlastung herbeizuführen.

Brotpreiserhöhung in Berlin

D. Berlin, 8. Oktober. (Sig. Juntspruch.)

Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins hat bekannt, den Preis für ein 1250-Gramm-Brot mit Wirkung vom Samstag, dem 8. Oktober, von 48 auf 50 Pf. zu erhöhen. Der Börse bemerkte dazu: Für das Vorgehen der Berliner Bäcker gibt es nicht die geringste Entschuldigung. Ihre Begründung muß zufällig gemacht werden. Das arbeitende Volk darf sich den Brot nicht gefallen lassen. Wenn aber die Bäcker die Rücknahme ihres Beschlusses zu beweisen sind, dann hat die Regierung endlich auf dem Brot- und Mehlmarkt einzutreten, d. h. durch eine Vermehrung des Angebots oder durch Absenkung der Bölle die Preise zu senken.